



Ergebnis des 1. Berliner Agrarministertgipfels am 17. Januar 2009

„Die Sicherung der Welternährung ist eine globale Herausforderung für Politik und Wirtschaft“

Die zum 1. Berliner Agrarministertgipfel versammelten Agrarministerinnen und -minister aus allen Teilen der Welt haben festgestellt:

Die Staats- und Regierungschefs der Welt haben sich mit der Millenniumserklärung von 2000 das Ziel gesetzt, den Anteil der Hungernden und die Armut bis 2015 weltweit zu halbieren. Trotz der bereits eingeleiteten Maßnahmen besteht die Gefahr, dass dieses Ziel nicht erreicht wird. Die Politik steht deshalb großen Herausforderungen gegenüber.

Obwohl sich die Weltmarktpreise, insbesondere für Rohöl und Nahrungsmittel, momentan wieder auf einem niedrigeren Stand befinden, hatte ihr starker Anstieg in den Jahren 2006-2007 gravierende Folgen für die Ernährungssicherung der armen und ärmsten Haushalte zur Folge. Deshalb ist in den ruralen und urbanen Regionen der Entwicklungsländer schnelles und entschlossenes Handeln vor Ort dringend erforderlich. Zugleich sind die internationale Gebergemeinschaft und die staatlichen und nichtstaatlichen Hilfsorganisationen aufgefordert, ihr Potenzial zu einer raschen Verbesserung der Situation zu aktivieren.

Unter den Bedingungen globalen Klimawandels und dem Rückgang landwirtschaftlich genutzter Fläche bei gleichzeitig stark steigender Weltbevölkerung müssen die Energieversorgung gewährleistet und deutlich mehr Nahrungsmittel produziert werden.

Bis zum Jahr 2050 wird die Zahl der Menschen auf der Erde von heute 6,5 Mrd auf 9,2 Mrd steigen. Parallel dazu wird die Verstädterung dramatisch zunehmen.

Weltweit gibt es bereits genügend Fläche, um schon heute die erwarteten 9 Milliarden Menschen zu ernähren. Es sind aber intelligente Konzepte notwendig, um das Land nachhaltig und effizient zu nutzen, die Ernten angemessen zu verteilen und allen Menschen Zugang zu ausreichender Ernährung zu garantieren.

Die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung ist eine Herausforderung globalen Ausmaßes, die nur in einer weltumspannenden Partnerschaft der Regierungen und in enger Kooperation mit den Zivilgesellschaften bewältigt werden kann, die alle gesellschaftlichen Gruppen, Nichtregierungsorganisationen, landwirtschaftliche Verbände, Lebensmittelindustrie, Handel und private Geber umfasst. Ein geeignetes Instrument sind die von der Ernährungs- und

Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) verabschiedeten Freiwilligen Leitlinien zur Unterstützung der schrittweisen Verwirklichung des Rechts auf Nahrung.

Die Agrarministerinnen und -minister unterstützen die Initiative der Vereinten Nationen zur Schaffung einer Globalen Partnerschaft für Landwirtschaft und Ernährungssicherung und unterstreichen die Bedeutung der FAO in diesem Prozess.

Die Agrarministerinnen und -minister sehen vor allem folgende Aktionsfelder:

1. Landwirtschaftliche Produktion erhöhen – natürliche Ressourcen erhalten!

In den meisten Entwicklungsländern verfügt die Landwirtschaft selbst bei stark steigenden Agrarpreisen nicht über die Flexibilität, durch schnelle Erhöhungen von Produktion und Produktivität auf die höhere Nachfrage zu reagieren. Der Zugang der kleinbäuerlichen Landwirtschaft zu Boden, Wasser und Betriebsmitteln ist nicht gesichert. Große Teile der Ernten gehen verloren. Kapital und Infrastruktur fehlen. Menschen, die den größten Teil ihres Haushaltseinkommens für den Kauf von Nahrung verwenden, können nicht mehr die Ernährung ihrer Familien sichern. Die Mehrzahl der Unterernährten lebt in ländlichen Regionen; dort wie auch in den Städten können Hunger und Mangelernährung zu Unruhen führen, die die Stabilität der Staaten untergraben.

Neben rascher Hilfe in akuten Not- und Krisensituationen ist es vordringlich, mittelfristig dort die **landwirtschaftliche Produktion zu erhöhen** und die Kaufkraft in der gesamten Bevölkerung der armen Länder zu stärken. Dies ist Voraussetzung dafür, dass sich armutsminderndes Wirtschaftswachstum und allgemeine Entwicklung einstellen. Die Entwicklungszusammenarbeit muss die kurz- und langfristigen Instrumente darauf ausrichten. Ein zentraler Schwerpunkt muss wieder die Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung insbesondere in Ländern mit Ernährungssicherungsproblemen sein. Notwendig sind Maßnahmen, die an den konkreten Erfordernissen der Staaten ausgerichtet sind. Hierin sowie in der korrekten Umsetzung liegt die **Verantwortung der betroffenen Staaten**.

Nachhaltige Entwicklung kann nur bei Erhaltung aller natürlichen Ressourcen wie Wasser, Boden, Biodiversität gelingen.

2. Investitionen am Bedarf ausrichten!

Zentrales Mittel zur Förderung der Landwirtschaft sind Investitionen in die Landwirtschaft. In vielen Ländern sind solche Investitionen einschließlich Agrarforschung, Beratung und Ausbildung der beste Weg, Armut zu bekämpfen und wirtschaftliche Entwicklung anzuregen. Investitionen in die Landwirtschaft unterstützen gleichzeitig die Diversifizierung der

Wirtschaftsstruktur. Häufig ist vor allem die Verbesserung des Umfelds, in dem Landwirtschaft betrieben wird, notwendig. Dies kann Änderungen der Regierungsführung, der Wirtschaftspolitik, des Bildungssystems oder des Gesundheitswesens betreffen.

Ein maßgeschneidertes Vorgehen, das auf den Stärken, Bedürfnissen und Prioritäten eines jeden Landes aufbaut, ist dabei der Schlüssel, denn es geht um mehr als um bloße Produktionssteigerung.

3. Ländlichen Raum stärken!

Erforderlich sind grundlegende Strukturveränderungen weit über den Agrarsektor hinaus. **Die Entwicklung wirtschaftlich lebensfähiger ländlicher Räume** muss im Vordergrund der Politik stehen. Der **Landwirtschaft kommt dabei als Nahrungsmittelproduzent eine Schlüsselfunktion zu**, die konsolidiert und aufgewertet werden muss. Grundlegend dafür ist, dass den Landwirten Zugang zu Wissen und Technologie, zu den produktiven Ressourcen Land und Wasser sowie zu Betriebsmitteln eröffnet wird.

Ein weiterer Schritt besteht darin, die Landwirte an der Wertschöpfung vermehrt teilhaben zu lassen. Zusammenschlüsse zur besseren gemeinsamen Produktion, Lagerung, Transport und Vermarktung können ein Lösungsweg sein. Es gilt, geeignete gemeinsame Projektansätze von Staat und Wirtschaft zu entwickeln. Ein anderer Weg ist die Unterstützung eigenständigen Wirtschaftens durch Kleinkredite. Wichtig ist schließlich die Förderung einer Ressourcenschonenden Landbewirtschaftung. Durch eine nachhaltige Biomasseproduktion und -nutzung kann ein Beitrag zur Energiesicherheit im ländlichen Raum geleistet werden.

4. Agrarforschung!

Die Agrarforschung muss ihren Beitrag leisten zur Produktivitätssteigerung bei Agrarrohstoffen unter Einhaltung aller Dimensionen der Nachhaltigkeit und effizienten Verarbeitungsmethoden.

5. Herausforderungen für die Geberländer!

Die globale Herausforderung der Sicherung der Welternährung fordert auch die Politik der Geberländer.

Alle Länder müssen dem Erhalt nachhaltiger Produktionsmöglichkeiten Vorrang einräumen, um der wachsenden Nachfrage nach Nahrung, Kraftstoff und Faserstoffen gerecht zu werden.

Die Länder müssen die nachhaltigen Produktionsmöglichkeiten in den gemäßigten Breiten erhalten und zur Ernährungsvorsorge, zur Krisenvorsorge sowie zur Krisenbewältigung nutzen.

Konkurrenzen bei der Produktion von Pflanzen für unterschiedliche Nutzungszwecke sind zu berücksichtigen. **Erstes Ziel jeder Agrarproduktion ist die Ernährung der Menschen!**

Die Mitglieder der WTO sollten zügig konkrete Schritte unternehmen, um die Doha-Verhandlungen rasch zu einem einvernehmlichen Abschluss zu bringen. Der Marktzugang ist zu verbessern, alle Formen handelsverzerrender Exportfördermaßnahmen müssen abgeschafft und handelsverzerrende Subventionen vermindert werden, um einen fairen landwirtschaftlichen Handel zu gewährleisten. In internationaler Zusammenarbeit müssen allgemein akzeptierte Produktionsstandards für eine nachhaltige Erzeugung entwickelt und ihre Einführung in den Entwicklungsländern unterstützt werden.

Die führenden Unternehmen des Handels und der Ernährungsindustrie müssen ihrerseits ihren Beitrag dazu leisten, dass sich die lokale und regionale landwirtschaftliche Produktion quantitativ und qualitativ entwickeln und die Verbraucher erreichen kann, damit durch einen verbesserten Absatz die nachhaltige Produktion gefördert sowie die Einkommenslage verbessert wird.

Der 1. Berliner Agrarministertreffen versammelte Minister aus Aserbaidschan, Bulgarien, Burkina Faso, China, Estland, Finnland, Indonesien, Kirgisistan, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Mongolei, Norwegen, Niederlande, Portugal, Rumänien, Russland, Schweden, Schweiz, Serbien, Slowakei, Slowenien, Ukraine, Ungarn und Deutschland sowie Vertreter der FAO.